Tobias Haas
08. Mai 2009

Die handelspolitischen Agenden der deutschen Parteien für die Europawahl 2009

Anfang Juni stehen die Wahlen zum Europaparlament an. Ein im Wahlkampf kaum thematisiertes Politikfeld ist die Handelspolitik der Europäischen Union. Im Jahr 2006 wurde unter dem Stichwort „Global Europe“ eine neue handelspolitische Strategie vorgelegt. Die Ausrichtung dieser Agenda ist eindeutig. Die wirtschaftliche Entwicklung großer Schwellenländer sorgt für eine Verschärfung der globalen Konkurrenz, die WTO steckt in einer Krise. Was hilft den europäischen Konzernen in solch einer Konstellation? Beispielsweise aggressive bilaterale Freihandels- und Investitionsabkommen, die ihnen den Zugang zu neuen Märkten öffnen. Solche Verträge sind das Herzstück der „Global Europe“ Strategie. Die folgende Darstellung soll einen kurzen Überblick über die handelspolitischen Positionen der deutschen Parteien, basierend auf ihren jeweiligen Wahlprogrammen, im Europawahlkampf geben.

Im Manifest der **FDP** finden sich zwar zahlreiche positive Bezugnahmen auf den Handel mit CO2-Zertifikaten, Positionen zur EU-Handelsstrategie oder dem „Global Europe“ Projekt sind jedoch rar. Lediglich allgemeine Bekenntnisse zum Freihandel, zur Wettbewerbsordnung oder der „Lissabon-Strategie“ und die Hoffnung auf einen Abschluss der WTO-Handelsrunde finden sich im FDP Programm.

Die Positionen der **CDU** gehen in eine ähnliche Richtung. Bekenntnisse zur Sozialen Marktwirtschaft, die es zu globalisieren gelte, werden ergänzt durch den Glauben an den Freihandel und den Wettbewerb, als die beiden Triebfedern des Wohlstands der Nationen. Im Gegensatz zur FDP wird die marktwirtschaftliche Agenda der CDU durch sozialstaatliche Rhetorik flankiert. Ausbeuterische Kinderarbeit gelte es ebenso zu verhindern, wie die Ausbeutung von Arbeitnehmern. Diese moralischen Appelle haben jedoch einen faden Beigeschmack, denn einen Bezug zur aggressiven handelspolitischen Strategie der EU, die zahlreiche Länder des Südens in eine Konkurrenzsituation hineinmanövriert, die zur hemmungslosen Ausbeutung von Mensch und Natur zwingt, stellt die CDU nicht her.

Auch bei der **SPD** scheint die Handelspolitik im Gegensatz zur Finanzmarktregulierung keine wichtige Rolle zu spielen. Immerhin findet sich bei ihr ein Verweis auf die ILO-Kernarbeitsnormen, die in WTO-Verhandlungen und bilateralen Handelsabkommen stärker

und verbindlich berücksichtigt werden sollen. Die SPD verkündet, dass sie diese Normen in Zukunft auch in der EU-Handelspolitik stärker gewichtet haben möchte. Kritische Töne zur „Global Europe-„ oder „Lissabon-Strategie“ sucht man jedoch auch bei der SPD vergeblich. Lediglich ein Abbau des Protektionismus der EU wird angemahnt, um den Entwicklungsländern einen fairen Zugang zum europäischen Markt zu ermöglichen.

Bündnis 90/Die Grünen hingegen erklären, dass die Handelsliberalisierung teilweise zu weit getrieben worden sei, die WTO grundlegend reformiert werden müsse, und die „Global Europe“ Strategie der EU ihrer Zielsetzung einer sozial und ökologisch gerechten Gestaltung der Globalisierung widerspreche: *„Für die EU Kommission spielen Umwelt-, Sozialstandards, Klima- und Umweltschutz, Ernährungssouveränität sowie der Ausbau und die Bewahrung öffentlicher Dienstleistungen nur eine untergeordnete Rolle.“* Unter dem Schlagwort eines *„kooperativen Multilateralismus“* versprechen die Grünen eine handelspolitische Ausrichtung, die auf Armutsbekämpfung, Verteilungsgerechtigkeit und eine nachhaltige Entwicklung abzielt und soziale und ökologische Standards mit einbezieht. Als konkrete Maßnahme wird unter Anderem ein Abbau des Protektionismus der EU gefordert. Gleichzeitig sollen Entwicklungsländer im Agrarbereich Schutzmaßnahmen ergreifen dürfen. Die Kompetenz für Investitionsschutzabkommen soll auf die europäische Ebene verlagert werden, die Handelspolitik der EU soll transparenter gestaltet werden und Zertifizierungssysteme für fairen Handel ausgebaut werden.

Die Linke positioniert sich ebenfalls kritisch zur EU-Handelspolitik und dem „Global Europe“ Projekt*: „Mit ihrer Außenhandelsstrategie "Ein wettbewerbsfähiges Europa in einer globalen Welt" („Global Europe“) zielt die EU darauf, europäischen Unternehmen weltweiten Marktzugang zu eröffnen und ihre Weltmarkt- und Profitanteile zu mehren. Die eigene Versorgung mit Energie und anderen Ressourcen sowie die eigenen wirtschaftlichen Interessen bestimmen die europäische Außenwirtschaftspolitik.“* Diese aggressive, an Kapitalinteressen ausgerichtete Strategie, welche Die Linke als ein neoliberales und neokoloniales Projekt beschreibt, führt im Süden zu Armut, Hunger und Umweltzerstörung. Auf Grund dessen lehnt die Linke sämtliche Freihandelsabkommen der EU mit Staaten des Südens ab. Statt dessen fordert sie Entwicklungsländern die Möglichkeit einzuräumen durch Zölle ihre Wirtschaft schützen zu können, Handelsabkommen transparenter zu machen und darin Entwicklungsklauseln wie arbeits-, menschen- und umweltrechtliche Regeln einzufügen, langfristig ausgeglichene Leistungsbilanzen zu erzielen, Entwicklungsländer durch Wissens- und Technologietransfer zu unterstützen und das TRIPS - Abkommen aus der WTO herauszunehmen. Darüber hinaus stellt Die Linke Zusammenhänge der aggressiven

außenwirtschaftspolitischen Agenda der EU mit der zunehmenden Militarisierung der Politik der EU und dem Ausbau der Festung Europa her: *„Anstatt durch zivile Krisen- und Konfliktprävention Kriege und weltweit wachsende Kriegsgefahren einzudämmen, Armut und ihre Ursachen, Klimawandel und Umweltzerstörung global zu bekämpfen, rüsten EU-Mitgliedstaaten auf, um auf die zwangsläufigen Konsequenzen ihrer auf Ausbeutung, unfairen Handelsbeziehungen und Umweltzerstörung beruhenden Wirtschaftspolitik mit militärischen Mitteln zu reagieren.“* Und weiter: *„Statt kostspieliger Grenzkontroll-, Überwachungs- und Datenerfassungssysteme zur Abwehr "illegaler" Migration fordert DIE LINKE eine humanitäre Flüchtlingspolitik sowie eine andere Wirtschafts- und Handelspolitik zur Bekämpfung von Armut, Hunger und Unterentwicklung als Ursachen von Flucht.“*

Diese kurze Skizzierung der handelspolitischen Agenden der Parteien offenbart grundsätzliche Differenzen. Die FDP und CDU stehen fraglos für eine Kontinuität der aggressiven handelspolitischen Agenda der EU. Die SPD scheint der Handelspolitik keine große Bedeutung beizumessen, ihre moderat kritischen Ausführungen lassen jedenfalls nicht vermuten, dass sie für einen Wandel in der Handelspolitik steht. Die Grünen hingegen formulieren eine grundsätzliche Kritik der „Global Europe“ Strategie und fordern eine Abkehr von bilateralen Handelsverträgen und der Orientierung an den Interessen der europäischen Unternehmen. Sie bleiben jedoch nicht bei einer Kritik stehen, sondern formulieren relativ konkrete Vorschläge wie eine neue europäische Handelspolitik aussehen könnte. Allerdings ist eine große Diskrepanz zwischen dem grünen Europawahlprogramm und dem Entwurf des Bundestagswahlprogramms festzustellen. Das Bundestagswahlprogramm thematisiert den Freihandel und die Rolle der EU in der globalen Wirtschaftspolitik weitaus weniger kritisch. Die Ansätze der Linken gehen in eine ähnliche Richtung wie das grüne Europawahlprogramm. Sie formulieren allerdings eine grundsätzlichere Kritik des „Global Europe“ Projekts und verknüpfen im Gegensatz zu den Grünen die aggressive Handelspolitik mit der generellen Militarisierung der EU Politik.

In anbetracht der Position der SPD, die bestenfalls in Ansätzen eine kritische Einordnung der EU-Handelspolitik vornimmt und des Höhenfluges der FDP ist nicht davon auszugehen, dass aus Deutschland nach der Wahl wesentliche Impulse für eine Abkehr von der „Global Europe“ Strategie ausgehen werden.